

Beschluss des Landrats vom 18.11.2021

Nr. 1235

35. Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung 2021/453; Protokoll: md

Thomas Buser (EVP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Thomas Buser (EVP) ergreift das Wort als Nachfolger von Sara Fritz. Wer sich in dieser Szene ein wenig auskennt, weiss, dass es bei diesen Fällen eine grosse Dunkelziffer gibt. Die erschreckend tiefe Zahl von Fällen, welche in den letzten Jahren strafrechtlich verfolgt wurde, ist ernüchternd. Wenn es richtig verstanden wurde, dann ist ein Grund dafür, dass die Begriffe «Menschenhandel» und «Arbeitsausbeutung» juristisch nicht scharf definiert wurden. Das ist Aufgabe des Bundes. Alles kann gesetzlich bis ins kleinste Detail geregelt werden, aber diese Begriffe sind einfach schwammig, was eine effiziente Bekämpfung verhindert. Das ist enttäuschend.

Andrea Heger (EVP) weist darauf hin, dass der Begriff der Arbeitsausbeutung noch nicht klar als Straftatbestand definiert sei. Die EVP geht dies auch auf nationaler Ebene an, die Nationalrätin Marianne Streiff hat dazu einen Vorstoss eingereicht. Gleichwohl sollen diese Themen und Probleme nicht nur national angegangen werden, sondern auch auf kantonaler Ebene. Die Beantwortung der Interpellation nennt ganz tiefe Zahlen. Es ist tatsächlich unheimlich, dass im Menschenhandel nur ein Fall in zehn Jahre und bei der Arbeitsausbeutung nur vier Fälle in zehn Jahren genannt werden. Das ist sehr erstaunlich, denn es gibt Fachpersonen, welche überzeugt sind, dass es auch im Kanton Basel-Landschaft höhere Zahlen gibt. Bei Frage 3 wird dankenswerterweise der Opferschutz sehr ernst genommen. Anscheinend greifen die Schutzmassnahmen und werden tatsächlich auch angewandt. Auch zu Frage 5 ist gut zu erfahren, dass es einen runden Tisch gibt, welcher als Vernetzungsplattform dient. Aber angesichts der tiefen Fallzahlen ist es fraglich, ob das alles ist, was getan werden kann. Es fragt sich, ob der Regierungsrat nicht mehr tun kann, um den Menschenhandel und die Arbeitsausbeutung im Kanton zu bekämpfen. Die Grüne/EVP-Fraktion denkt, dass hier noch mehr nötig ist. Das sieht man insbesondere bei der Antwort auf Frage 8. Der Regierungsrat gibt selbst zu, dass es an personellen Ressourcen fehlt. Deshalb wird die EVP einen Vorstoss einreichen, damit diese Ressourcen aufgestockt werden können. Der Regierungsrat hält fest, dass es sich um eine Holschuld handelt. Das heisst, es kann vermutlich nicht alles entdeckt werden, weil der Kanton keine Zeit hat, sich darum zu kümmern. Der Kampf gegen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung muss konsequent auf allen Ebenen geführt werden. Menschen sind keine Ware und deshalb müssen diese Straftaten besser angegangen werden. Es darf nicht sein, dass Menschenhandel und Arbeitsausbeutung ein low-risk-Geschäft sind und sich deshalb einige Menschen darauf fokussieren, in diesem Bereich im Kanton Basel-Landschaft tätig zu sein. Diese brutalen Verbrechen gegen die Menschenwürde will die EVP auch im Kanton Basel-Landschaft geahndet wissen. Deshalb werden weitere Vorstösse dazu folgen.

://: Die Interpellation ist erledigt.
